

Gut aufgestellt

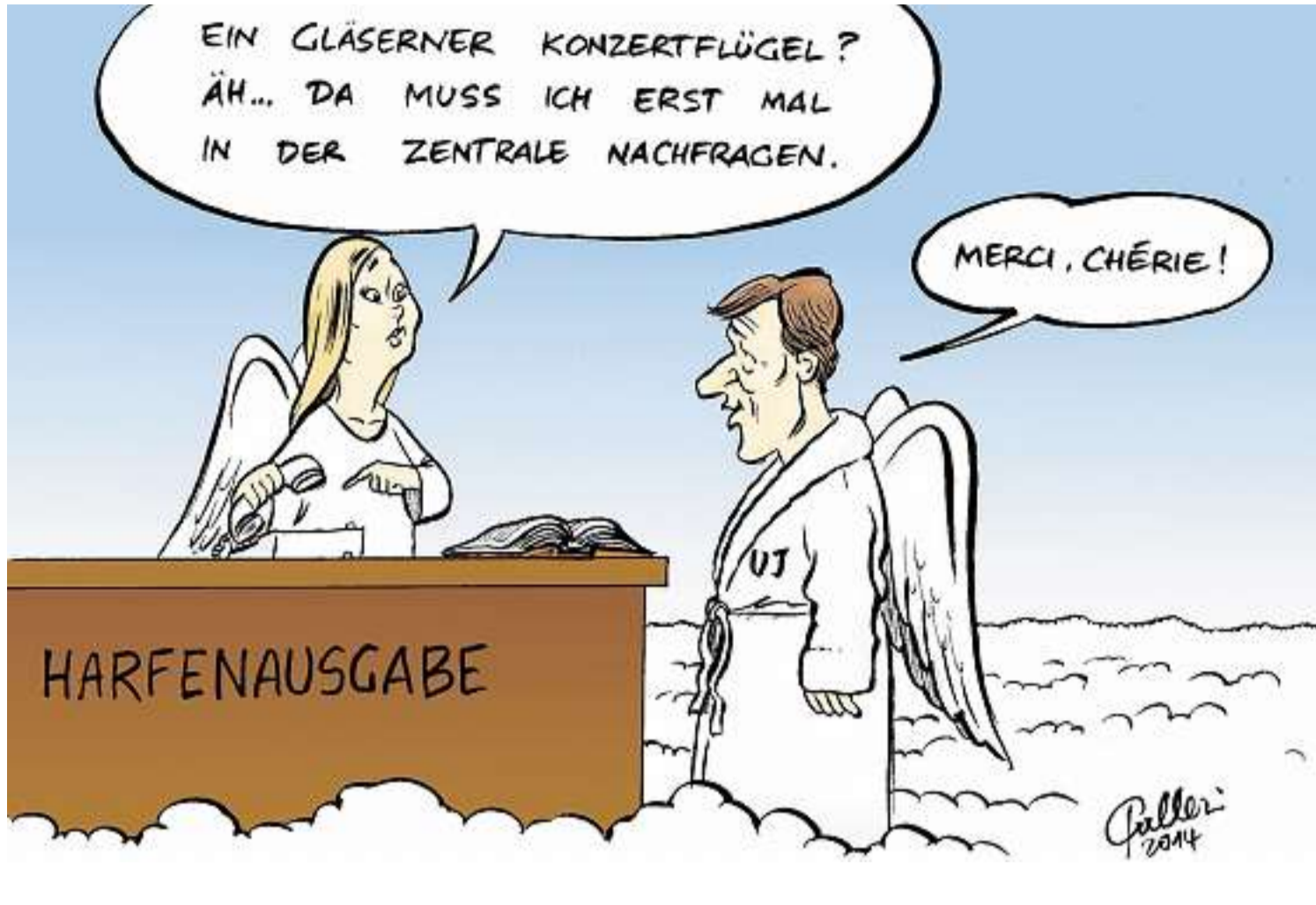


Andreas Kölling
zur Zukunft von Airbus

Vergangene Woche sah es plötzlich noch so aus, als bekäme Airbus auf den letzten Metern ein Problem: Die angekündigte Auslieferung des ersten A350 an die Airline vom Golf wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Das klang nicht gut, hat sich aber im Nachhinein wohl eher als eine kosmetische Frage herausgestellt. Gestern war alles bestens mit dem A350. Ab Mitte Januar soll er dann bei den Kataris zeigen, ob er auch im Liniendienst hält, was Toulouse versprochen hat.

In erster Linie die Sparsamkeit. Auch wenn gerade die Treibstoffpreise im Sinkflug sind, auf Dauer ist der Verbrauch ein feines Verkaufsargument. Und wenn der A350 ein Viertel weniger durch die Düsen jagt als die Konkurrenz, könnte das bei Airbus auch nach 2017 für volle Auftragsbücher sorgen. Zusammen mit den Brot-und-Butter-Flieger der kleinen Typenreihe ist Airbus damit mittelfristig gut aufgestellt.

Problematisch bleibt der A380. Er könnte zur Belastung für den pan-europäischen Flugzeughersteller werden. Möglicherweise wird der Supervogel nie in die schwarzen Zahlen kommen, zumal jetzt mit dem A350 Konkurrenz im eigenen Hause erwächst. Und dann muss man fragen, was kommt danach? Bisher tüfteln sie in Toulouse nur an Überarbeitungen bestehender Baureihen. Eine echte Innovation für die Zukunft zeichnet sich bislang nicht ab. andreas.koelling@weser-kurier.de



INTERVIEW MIT JENS ECKHOFF ÜBER OFFSHORE-WINDKRAFT

„OTB bietet eine große Chance“



Jens Schmitz
zur US-Polizeireform

Der Streit um Polizeireformen in den USA nimmt hässliche Züge an. Er ist ein Paradebeispiel dafür, dass Verallgemeinerungen meist keiner Seite dienen. Die Art und Weise, wie manche Law-and-Order-Verfechter nun auf den Mord an zwei New Yorker Beamten reagieren, erhärtet allerdings den Verdacht, dass das größere Problem auf Seiten der Sicherheitskräfte liegt. Die sollten deeskalieren statt die Atmosphäre anzuhetzen. Menschen, die niemanden zur Gewalt aufgerufen haben, als Mitschuldige zu brandmarken, ist nicht nur verantwortungslos. Es lässt auch tief blicken: Es ist überhaupt keine Frage, dass Schwarze von der US-Polizei oft anders behandelt werden als Weiße. Wer Kritik daran schon als potenziellen Mord begreift, dem möchte man nicht ausgeliefert sein.

New Yorks früherer Null-Toleranz-Bürgermeister Rudy Giuliani wiederholt seit Wochen, dass die allermeisten Afroamerikaner von anderen Schwarzen umgebracht werden, nicht von der Polizei. Es ist aber ein wesentlicher Unterschied, ob jemand von Kriminellen getötet wird oder von Menschen, die Bürger beschützen sollen und denen deshalb ein Gewaltmonopol zugebilligt wird. So zu tun, als sei es eine grundsätzliche Missachtung, Gesetzeshüter an geltendem Recht zu messen, ist infam. politik@weser-kurier.de

Die Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Häfen hat in der vergangenen Woche den geplanten Bau des Offshore Terminals Bremerhaven (OTB) in Frage gestellt. Mit Jens Eckhoff, Präsident der Stiftung Offshore-Windenergie, sprach Peter Hanuschke unter anderem darüber, ob die jetzigen Hafen-Kapazitäten vor allem in Niedersachsen ausreichen, um künftig den Umschlag von Offshore-Windanlagen zu gewährleisten.

Teilen Sie die Auffassung der Niedersachsen, dass der Bau des OTB nicht mehr notwendig ist?

Jens Eckhoff: Aus niedersächsischer Sicht ist diese Sichtweise durchaus nachvollziehbar, dass man versucht, einen Mitbewerber nicht noch stärker in den Markt zu lassen. Das ist ein legitimer Vorstoß, ob er richtig ist, lasse ich mal dahingestellt sein.

Reichen die Hafen-Kapazitäten nicht aus?

Zunächst finde ich, dass man die Diskussion über Offshore-Windenergie ganz anders führen muss. Es gibt Beschlüsse, die die Bundesregierung in diesem Jahr gefasst hat, die einen Deckel beim Ausbau bis 2030 vorsehen. Die Frage, die man aus Offshore-Sicht stellen muss, ist, ob das richtig oder falsch ist. Ich glaube, die Offshore-Industrie wird in diesem und im nächsten Jahr zeigen, dass sie mehr kann als die 800 Megawatt Aufbauleistung, die von 2020 an pro Jahr durch die Bundesregierung vorgesehen sind.

Was heißt das in der Konsequenz?

Unsere Aufgabe muss es sein, bis zur nächsten Bundestagswahl deutlich zu machen, dass die Kosten für Offshore-Windparks sinken werden, dass wir noch mehr Offshore als Rückgrat der Energiewende benötigen und dass internationale Entscheidungen für Produktionsstätten in Deutschland nur dann getroffen werden, wenn eine größere Pipeline als die bisherige angestrebt wird. Deshalb greift der niedersächsische Vorstoß einfach zu kurz.

Die Prognose, auf der die Entscheidung für den OTB beruht, sieht quasi vor, dass sämtliche Windparksanlagen über Bremerhaven umgeschlagen werden. Außerdem wird noch ein hoher Anteil zugrunde gelegt, der als Export umgeschlagen wird – ist das einfach nur Wunschdenken?

Wir befinden uns in einem europäischen Wettbewerb. Und wenn der OTB gebaut wird, gibt es keine Garantie, dass das eine Er-

folgsnummer ist. Eines ist aber klar, es gibt sehr große Märkte in Europa. Und da hat der Standort die beste Chance, sich ein großes Stück vom Kuchen abzuschneiden, der die beste Infrastruktur und damit die kostengünstigsten Lösungen anbietet. Will Bremerhaven weiterhin in dieser Liga mitspielen, muss dort investiert werden.

Siemens will ein Produktionswerk in England bauen und die Komponenten in Hull umschlagen. Ist der Kuchen, der umgeschlagen werden kann, trotzdem für alle Häfen ausreichend groß genug?

Zählt man alle Ausbauziele in Europa zusammen, kommt man auf 60 bis 70 Gigawatt – das ist schon ein sehr großer Kuchen, der dann verteilt wird. Wir reden über Investitionen in Höhe von 200 Milliarden Euro. Was den OTB angeht, stellt sich die Frage, will man sich gleich vom Kuchenbüffel verabschieden oder will man ein Messer in der Hand haben, um ein Stück abzubekommen.

Was bedeutet der OTB für Bremerhaven?

Bremerhaven hat sich bisher ein solch gutes Standing aufgebaut, dass es fahrlässig wäre, jetzt zu sagen, wir bleiben stehen, wo wir derzeit sind. Es gibt wie gesagt keine Garantie dafür, dass das Stück ausreicht, um alle Kosten zu decken, die der OTB verursachen wird. Trotzdem bietet der OTB eine große Chance, dass sich das Projekt rechnet – gerade auch im Hinblick auf gewerbliche Ansiedlung anderer Schwerlast-Industrie in Bremerhaven.

Das mag ja sein, aber das spielt bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung des OTB keine Rolle.

Das ist richtig, da spreche ich auch mehr mit Blick aus meiner lokalpolitischen Brille, als mit der des Präsidenten der Offshore-Stiftung. Für das Gutachten mag das ja auch relevant sein, aber politisch darf man diesen Aspekt ruhig erwähnen.

Ist die 200-Millionen-Euro-Investition für den OTB finanziell zu verantworten?

Auf jeden Fall, weil ich fest davon überzeugt bin, dass sich die Märkte weiterentwickeln werden – ähnlich wie das beim On-shore-Wind der Fall war. Heute gehen drei Viertel dieser Produktion in den Export. Und ich sehe auch für Offshore ähnliche Marktentwicklungen. In den USA etwa wird Offshore trotz Frackings noch enorm ausgebaut werden.



Zur Person: Jens Eckhoff, Jahrgang 1966, war von 2003 bis 2006 Bausenator. Seit 2005 ist der CDU-Politiker Präsident der Stiftung Offshore-Windenergie, die auf Initiative des Umweltbundesministeriums gegründet wurde.

Und die werden nicht selbst produzieren – allein wegen der hohen Löhne, die dort in den dafür geeigneten Bundesstaaten gezahlt werden. Schon jetzt werden Anlagen über Esbjerg dorthin verschifft. Warum demnächst nicht über Bremerhaven?

Staatsrat Heiner Heseler hatte in der vergangenen Woche auf der Häfen-Presskonferenz gesagt, dass man mit dem OTB in ganz neue Dimensionen vorstoßen wird. Teilen Sie diese Euphorie?

Aus Sicht der Stadt Bremerhaven auf jeden Fall, weil man so auch noch ein großes Gewerbegebiet mit erschließen kann. Und aus bundesdeutscher Offshore-Sicht muss ich auch sagen, dass dieses Projekt zwingend notwendig ist, um mittelfristig im Spiel zu bleiben. Der OTB wird genauso benötigt wie der bereits bestehende Installationshafen in Cuxhaven.

Aber ein großer Produzent ist nicht in Sicht, der sich dort niederlassen möchte. Oder wissen Sie mehr?

Es gibt Besichtigungen – mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen.

Wie bewerten Sie eigentlich den gescheiterten Versuch, private Investoren für das Projekt OTB finden zu wollen?

Dieses Vorhaben habe ich immer als Zeitverschwendung der Bremer Politik verstanden. Denn es war klar, dass man in einem jungen Industriezweig wie Offshore keine Investoren finden würde. Das hat bei noch keinem Hafen in Deutschland funktioniert. Das war nur eine Maßnahme, um einen Koalitionspartner zu beruhigen, der dann leichter entscheiden konnte, den OTB aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren.

Kann das OTB-Projekt für ähnliche negative Schlagzeilen sorgen wie der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven?

Der wurde in der berechtigten Annahme gebaut, dass dort viele Container umgeschlagen werden – im Moment kommen sie noch nicht an, weil sich der Markt anders entwickelt hat. Ich kann nicht 100-prozentig ausschließen, dass nicht auch der OTB ähnliche Startschwierigkeiten hat. Ich kann aber mit Sicherheit sagen, dass Sie, wenn sie den OTB nicht bauen, lesen werden, dass die Firmen A, B, C den Standort Bremerhaven verlassen haben und sich natürlich auch keine anderen Unternehmen aus der Offshorebranche niederlassen werden.



Tripods für Offshore-Windräder auf dem BLG-Gelände in Bremerhaven. FOTO: DPA

Augen zu



Peter Mlodoch
zur Inklusion

Die Inklusion in Niedersachsen bietet derzeit ein düstres Bild. Für beinahe 20 Prozent des Förderunterrichts fehlen die dafür speziell ausgebildeten Sonderpädagogen. Und Besetzung ist vorerst nicht in Sicht; es gibt einfach nicht genügend Bewerber auf dem Markt.

Hier rächt sich, dass die Politik vielerorts die Herausforderungen der Inklusion lange Zeit nicht wahrhaben wollte oder einfach nicht ernst genommen hat. „Es wird irgendwie schon klappen“, schien das Motto für dieses nicht gerade wählerrelevante Thema zu sein. Da wurde dann mal heftig über Zukunft oder Auslaufen von Förderschulen debattiert, der Blick auf das Wesentliche blieb aber aus. Vorsorge dafür, rechtzeitig die erforderlichen Lehrkräfte auszubilden, traf jedenfalls niemand. Jetzt klafft die Lücke bei Förderwie allgemeinbildenden Schulen in ganzer Breite.

Die von Niedersachsens Kultusministerin Frauke Heiligenstadt bereits angestoßen und noch angekündigten Qualifizierungsmaßnahmen können die Folgen allenfalls abmildern. Damit die Inklusion trotzdem halbwegs gelingt, braucht es neben den Sonderpädagogen überall hochmotivierte Lehrer, die durch ihr Engagement die Versäumnisse der Vergangenheit wettmachen. Dies sollte der Politik jetzt wenigstens ordentliche Anreize für diese Kollegen wert sein. politik@weser-kurier.de

PRESSESTIMMEN

Berliner Zeitung

zu den Sicherheitsmängeln am Frankfurter Flughafen: „Die bizarren Sicherheitsmängel auf dem Frankfurter Flughafen sind nicht primär auf technisches oder menschliches Versagen zurückzuführen, vielmehr sind sie die Manifestation struktureller Defizite: Die Privatisierung der Kontrollen im Jahr 1993 hat die permanente Überlastung des miserabel ausgebildeten und noch miserabler bezahlten Personals geradezu erzwingen. Das Problem ist seit Langem bekannt. Bereits vor fünf Jahren waren Sicherheitsmängel auf dem Münchner Flughafen bekannt geworden, schon damals hatten Vertreter der Polizeigewerkschaft (GdP) verlangt, die Flughafenkontrollen wieder unter staatliche Aufsicht zu stellen.“

Frankfurter Rundschau

zur Präsidentenwahl in Tunesien: „Tunesien gilt als Leuchtturm in der arabischen Welt. Das nordafrikanische Land hat es als einziges geschafft, aus der Arabellion eine Demokratie werden zu lassen. Dieses Lob kann nicht oft genug geäußert werden, allerdings kommt es so manchem Aktivisten des Aufstands von 2011 bereits zu den Ohren heraus: Zu viel Lob erstickt die Kritik an den nach wie vor bestehenden Missständen, und Missstände gibt es noch genug. Ohne Druck werden die Verantwortlichen sie nicht beheben. (...) Tunesien ist auf Erfolgskurs. Das sollte aber niemanden davon abhalten, Missstände aufzuzeigen, damit es nicht womöglich doch noch zu Rückschlägen kommt.“

NÜRNBERGER Nachrichten

zur Kritik des Papstes an der Kurie: „Da bewegt sich endlich etwas beim für viele Betroffenen quälenden Thema der wiederverheirateten Geschiedenen, die momentan von der Kommunion ausgeschlossen sind. Der Kompromiss, den die Bischöfe diskutieren, ist allerdings fernab von der Lebenswirklichkeit in den Gemeinden: Demnach dürften nur diejenigen, die keine ‚Schuld‘ an einer Scheidung tragen, zum Abendmahl, die Versucher einer Ehe-Trennung aber nicht. Wie, bitteschön, soll das denn geprüft werden? Mit einer inquisitionsähnlichen Befragung? Der Staat jedenfalls hat dieses Schuldprinzip 1976 beseitigt.“

WESER-KURIER LIVE



Dieses Symbol kennzeichnet Augmented-Reality-Effekte. Das heißt: Mit Ihrem Smartphone, Tablet-PC und der App WESER-KURIER LIVE (kostenlos im App-Store und bei Google Play) können digitale Inhalte wie Videos, Audios, Bilderstrecken oder Internetseiten und weitere Informationen abgerufen werden. Bei aktivierter App auf „Scan“ tippen, mit der Kamera das Bild erfassen und schon wird der WESER-KURIER lebendig!

WESER-KURIER

BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE unabhängig und überparteilich

Verdener Nachrichten

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Silke Hellwig, Peter Bauer (v.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst: Daniel Killy

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner
Digital: Thomas Lindemann · Wirtschaft: Andreas Kölling
Bremen und Regionallage: Peter Voith · Kultur: Iris Hetscher
Sport: Marc Hagedorn · Vermischtes: Jürgen Beermann
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meiniking · Redaktionelle Projekte: Stefan
Dammann · Büro Berlin: Norbert Holst, Alexander Pitz
Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Johanna Tyrell

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 29,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Michael Sulenski, Leiter Vermarktung
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 68.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 222 *
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 32 83 27
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de